

Abstimmungen : Volk gegen Bundesrat und Parlament

Autor(en): **Ribi, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **31 (2004)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910001>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Volk gegen Bundesrat und Parlament



Vor dem Urnengang herrschte ein reger Abstimmungskampf.

Nach einem intensiven Abstimmungskampf hat das Schweizer Volk am 16. Mai alle drei Vorlagen von Bundesrat und Parlament eindrücklich abgelehnt.

ROLF RIBI

67,9 Prozent der Stimmbürger sagten Nein zur Revision der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), 68,6 Prozent lehnten eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für die AHV und Invalidenversicherung ab, und 65,9 Prozent schickten ein Steuerpaket mit Steuererleichterungen bachab.


Dass drei eidgenössische Vorlagen zur Sozial- und Steuerpolitik in sämtlichen 26 Kantonen massiv verworfen werden, das hatte niemand erwartet. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb von einer «eigentlichen Ohrfeige des Souveräns für den Bundesrat».

Die Stimmbeteiligung lag mit 50,3 Prozent deutlich höher als im Mittel der vergangenen Jahre.

Die 11. AHV-Revision hätte die Rechnung der wichtigsten Sozialversicherung um 925 Millionen Franken im Jahr entlasten sollen. Geplant war die Erhöhung des Rentenalters der Frau auf 65 Jahre, Änderungen bei den Witwen- und Waisenrenten und eine Anpassung der Teuerung der Renten an die Preis- und Lohnentwicklung alle drei statt zwei Jahre. Fast 68 Prozent der Stimmberechtigten lehnten dies ab. Das klarste Nein kam aus dem Kanton Jura mit 86,4 Prozent.

Ein gesamtschweizerisch noch klareres Nein mit 68,6 Prozent gab es bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,8 Prozent für die Invalidenversicherung ab 2005 und um einen Prozentpunkt für die AHV frühestens 2009. «Steuern auf Vorrat» monierten die Gegner – doch bei dieser Anpassung hätten Parlament und Volk das letzte Wort gehabt. Auch hier steht der Kanton Jura mit 81,1 Prozent Nein-Stimmen an der Spitze.

Besonders umstritten war ein Steuerpaket, das Bund und Kantone bei der direkten Bundessteuer rund 2,5 Milliarden Franken im Jahr gekostet hätte. Das Steuerpaket hätte Steuererleichterungen für Familien, Ehepaare und Wohnungseigentümer gebracht und die Umsatzabgabe im Wertschriftenhandel abgeschafft. 65,9 Prozent des Stimmvolkes lehnten dieses Multipaket unter anderem ab aus Angst, das Ersparte müssten die Kantone später bitter büssen. Die Westschweizer Kantone Jura und Wallis lehnten die Vorlage am wuchtigsten ab.

Die Sieger an diesem frühlingshaften Abstimmungssonntag waren die Sozialdemokraten, die Gewerkschaften, die Grünen und insbesondere die Kantone: Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Bundesstaates hatten elf Stände das Referendum gegen das Steuerpaket ergriffen, das in ihre kantonalen Steuerhoheit eindrang und ihre Staatskassen massiv belastet hätte. Und die Verlierer? «Das ist eine Niederlage der rechten Parteien und eine doppelte Niederlage des Bundesrates und des Parlamentes», sagte Bundesrat Pascal Couchepin. 

KOMMENTAR

Nichts geht mehr

Nein zu weniger Leistungen bei der AHV, Nein zu höheren Mehrwertsteuern für AHV und Invalidenversicherung, Nein zu einem Paket mit Steuererleichterungen für Ehepaare, Familien und Hauseigentümer - Das Schweizer Volk hat die drei Vorlagen von Bundesrat und Parlament in allen 26 Kantonen mit Zweidrittelmehrheiten abgelehnt. Das dreifache Nein vom 16. Mai folgte dem dreifachen Nein vom 8. Februar («Avanti-Initiative»). Damit ist der neu gewählte Bundesrat in seinem ersten Amtsjahr schon sechs Mal am Volkswillen gescheitert.

Nach dem Rechtsrutsch im eidgenössischen Parlament und danach im Bundesrat haben viele einen «Durchmarsch der Rechten» in der Politik vermutet. Davon ist bis jetzt wenig zu spüren. «Wir sind das Volk», sagen die Bürger in dieser politisch spannend gewordenen Schweiz.

«Wir haben es mit einer sehr politisierten Schweiz zu tun», erklärte der Politologe Claude Longchamp am Abstimmungsabend. In der Tat: Auch im Vorfeld dieses Abstimmungssonntags wurde landauf landab heftig diskutiert und politisiert. «Rettet die AHV!» schrieben die Rechten auf ihre Plakate. «Hände weg von der AHV!» warnten die Linken auf ihren Transparenten. So positiv das neu erwachte politische Leben im Lande ist, so bedenklich mutet die offensichtliche Reformunfähigkeit der «Classe politique» an. Ob Steuern oder Sozialwerke, Verkehr oder Gesundheit, der Wille zu mehrheitsfähigen Lösungen ist abhanden gekommen.

Was ist zu tun? Bundesrat und Parlament müssen wieder volksnaher politisieren. Die grossen Parteien sollen wieder mehr auf ihre Parteibasis hören. Die Wirtschaftsverbände müssen ihre radikalen Vorstellungen überdenken. Und der Bundesrat wird, nach dem ersten Kantonsreferendum in der Geschichte des Bundesstaates, das Gespräch mit den Kantonen neu suchen müssen.

Rolf Ribi